

\*\*\*\*\*  
„Streit um ‚Geheimpapier‘“ und „Kommentar“

Fürstentfeldbrucker SZ, Ausgabe vom 27. Mai 2009

\*\*\*\*\*  
**Streit um „Geheimpapier“**

Hagenguth und CSU geraten erneut aneinander

Von Manfred Amann

**Grafrath** ■ Die Gemeinde Grafrath will die Kommunalaufsicht bei der Einreichung des Haushalts 2009 darauf hinzuweisen, dass für einen Geschäftsbesorgungsvertrag über die Sanierung und Entwicklung des Klosterwirtareals möglicherweise ein Nachtragshaushalt notwendig wird. Das beschloss der Finanzausschuss nach heftigem Streit mit fünf zu vier Stimmen.

Anlass für den Ärger war der Vorwurf von Bürgermeister Hartwig Hagenguth (Bürger für Grafrath), dass die CSU eine Beratung über den Geschäftsbesorgungsvertrag beantragt habe, deren Sprecher Gerald Kurz aber statt dessen einen Beschlussvorschlag präsentiere. „Kurios“ sei das, urteilte der Bürgermeister und bezichtigte Kurz, Regeln nicht einzuhalten, da zur Sitzung weder zur Vertragsgestaltung noch zum angestrebten Beschluss Informationen geliefert worden seien. Nachdem offensichtlich nur CSU und FWE eingeweiht seien, sei man einem „Zweiklassen-Gemeinderat“ sehr nahe, sagte Hagenguth, lenkte die Bera-

tung aber dennoch auf einen Kompromiss. Gemäß CSU-Antrag sollte der Behörde im Vorwort des Haushaltsplanes angezeigt werden, dass die Gemeinde beabsichtige, einen Geschäftsbesorgungsvertrag abzuschließen. Da dies laut Hagenguth einen noch nicht gefassten Beschluss vorwegnehmen würde, wurde aus „beabsichtigt“ „erwägt“.

Der Streit eskalierte, nachdem Kurz offen gelegt hatte, dass sein Antrag mit der Kommunalaufsicht abgesprochen sei und das Ergebnis eines Gespräches im Landratsamt schriftlich vorliege. Wenn dem Gemeinderat „Geheimpapire“ vorenthalten würden, wolle er auch nicht mehr für seinen eigenen Kompromissvorschlag stimmen, tobte daraufhin Hagenguth. Sigrid Wiedmann (CSU) entgegnete, dass Kurz nur eine Aufgabe des Bürgermeisters erledigt habe und niemand einen Anspruch auf das „Privatpapier“ habe. Darauf wehrte sich Hagenguth mit dem Hinweis, in diese Angelegenheit die Kommunalaufsicht angeschrieben, bisher aber keine Antwort bekommen zu haben. (*Kommentar.*)

**Kommentar**

**Gute Vorsätze sind schon vergessen**

Worum geht es eigentlich? Um den Erhalt von Klosterwirt und Stadel oder darum, wer wann und wie zum Wohle der Gemeinde getan hat? Egal ob Ausschuss- oder Gemeinderatssitzung, es wird um Worte, um Formulierungen und um Vorgehensweisen gestritten, statt um die Sache. Und der Klosterwirt und der Stadel verfallen weiter. Über 3000 Euro hört man, habe die moderierte Klausurtagung gekostet. Ist da nicht jeder Euro hinausgeworfen, wenn die Beteiligten schon nach zwei Wochen nicht mehr wissen, dass sie sich dort versprochen haben, gemeinsam auf der Basis des CSU/FWE-Konzeptes nach einer neuen Lösung zu suchen und zukünftig eine niveauvolle Streitkultur zu pflegen. Es erübrigt sich, Schuldige zu suchen, denn da träfe es jede Fraktion gleichermaßen und erst recht den Bürgermeister. Es ist sicher kein guter Stil, dass CSU und FWE die anderen Fraktionen und Hagenguth vor vollendete Tatsachen stellen. So anerkennenswert ihr Bestreben auch sein mag, endlich etwas zu bewegen, mit frühzeitigen Informationen an die Ratskollegen könnte so mancher Streit vermieden werden. Andererseits, was soll man tun, wenn man wie CSU/FWE unzufrieden ist, weil angesichts eines parteiischen Bürgermeisters nichts vorwärts geht. Dass Gerald Kurz (CSU) jätzt dem Finanzausschuss umfassendere Kenntnisse vermitteln konnte als Hagenguth, ist auf dessen persönliches Engagement zurückzuführen. Es reicht in einer so wichtigen Angelegenheit eben nicht aus, nach Beamtenmanier ein Schreiben abzusetzen und auf eine Antwort zu warten. Auch ein Bürgermeister bekommt bei Behörden einen Termin, so er denn will. Übrigens wäre es an der Zeit, insbesondere den denkmalgeschützten Stadel zumindest provisorisch vor dem völligen Verfall zu sichern. Denn so wie es aussieht, haben die Kontrahenten noch lange nicht ausgetritten. *Manfred Amann*